

Stenographischer Bericht

über die

17. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 12. Oktober 1921.

Inhalt:

Seite

Personalien:

Mandatsniederlegung der Abgeordneten Julius Fröhlich und Franz Dichtenegger	455
Angelobung der Abgeordneten Josef Neumann und Norbert Kahr	455
Wahl je eines Mitgliedes des Eisenbahn- und des Unterrichtsausschusses und eines Ersatzmannes des Finanz- und des Landeskulturausschusses an Stelle des Abgeordneten Julius Fröhlich	455
Wahl eines Mitgliedes des Straßen- und Brückenbau-Ausschusses und eines Ersatzmannes des Landeskulturausschusses an Stelle des Abgeordneten Franz Dichtenegger	455

Auflage:

Beilagen Nr. 111 bis 149	467
--------------------------	-----

Zuweisungen:

Zuschriften der Bezirksgerichte Stainz, Graz und Bruck um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung der Abgeordneten Franz Kaspar, Raimund Riemelmoser und Fritz Krawagna an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß	455
Beilagen Nr. 113, 114, 115, 116, 118, 119, 120, 122, 123, 124, 126, 127, 128, 130, 131, 132, 133, 134 und 140 an den Finanzausschuß	467
Beilage Nr. 111 an den Eisenbahnausschuß	467
Beilagen Nr. 112, 117, 121, 135, 136, 137, 138, 139, 141, 142, 143, 146, 147, 148 und 149 an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß	467
Beilagen Nr. 125 und 144 an den Unterrichtsausschuß	467
Beilage Nr. 129 an den Landeskulturausschuß	467

Verhandlungen:

Beilage Nr. 145. Bericht der Landesregierung.	
Dringliche Behandlung und Annahme des Antrages der Landesregierung	455

Mitteilungen des Vorsitzenden:

Anträge (siehe Verzeichnis).	
Anfragen (siehe Verzeichnis).	
Tagesordnung der nächsten Sitzung	468

Verzeichnis der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

Anträge:

Antrag der Abgeordneten Mikola, Rieger und Genossen, betreffend die Regelung des Fürsorgewesens.	
Antrag der Abgeordneten Mikola, Walter und Genossen, betreffend Errichtung einer Heil- und Erziehungsanstalt für Schwachsinnige und körperlich abnormale Kinder im Verbanke der Landes-Irrenanstalt Feldhof.	
Antrag der Abgeordneten Walter, Mikola und Genossen, bezüglich Ausgestaltung der Landes-Fürsorgeerziehungsanstalt „Eichtenhof“ beziehungsweise Neuerrichtung einer Fürsorgeerziehungsanstalt für schulpflichtige männliche Jugend durch Umgestaltung der Siechenanstalt Hartberg.	
Antrag der Abgeordneten Dr. Süßler, Dr. Dungen, Enserer, Steffi Walter und Genossen, betreffend die Ordnungsbußen für nichtentschuldigter Schulveräumnisse.	

- Antrag der Abgeordneten Dr. Hübler, Dr. Dungern, Steffi Walter und Genossen, betreffend die Schaffung von Landes-Lehrerkammern.
- Antrag der Abgeordneten Dr. Hübler, Kobald, Dr. Dantine, Dr. Dungern und Genossen, betreffend die Errichtung eines Beiringsheims in Graz.
- Antrag der Abgeordneten Dr. Hübler, Dr. Dungern, Dr. Dantine, Steffi Walter und Genossen, betreffend die sinngemäße Anwendung des Gesetzes vom 27. Jänner 1921, betreffend das Dienstverhältnis der kriegsbeschädigten Bundesangestellten auf die kriegsbeschädigten Lehrer Steiermarks.
- Antrag der Abgeordneten Kobald, Dr. Hübler, Enserer, Dr. Dungern und Genossen, betreffend die Schaffung eines Fonds für die gewerblichen Fortbildungsschulen.
- Antrag der Abgeordneten Martha Tausk und Stamek, betreffend die Herabsetzung der Schüleranzahl an Volks- und Bürgerschulen.
- Antrag der Abgeordneten Martha Tausk, Saringer, Weigelberger und Genossen, betreffend die Abänderung des § 25 f des Schulaufsichtsgesetzes vom 24. Jänner 1919, L.-G.-Bl. Nr. 60.
- Antrag der Abgeordneten Krawagna, Gföller, Tausk und Genossen, betreffend die Abänderung des Lehrgeldgesetzes vom 4. Juli 1919.
- Antrag der Abgeordneten Tausk, Pörtl, Gföller und Genossen, betreffend die gesetzliche Regelung der Dienst- und Arbeitsverhältnisse der Portiers und Hausbesorger in allen Städten und Industrieorten Steiermarks.
- Antrag der Abgeordneten Riegler und Genossen auf Zuteilung der bisherigen Evidenzhaltungsgeometer zu den Agrarbehörden.
- Antrag der Abgeordneten Riegler und Genossen auf Erweiterung des Schiedsgerichtes im Elektrizitätswesen.
- Antrag der Abgeordneten Lang, Dr. Kammerer und Genossen wegen Übernahme der teilweisen Privatstraße Sankt Oswald b. E.—Krumbach als öffentliche Straße und Ausbau der Teilstrecke Krumbach—St. Jakob in Soboth (Kilometer 0 bis 8) der projektierten Straßenstrecke St. Oswald—Krumbach—Soboth—Kärntner Grenze.

Anfragen:

- Anfrage der Abgeordneten Krawagna, Fürbach und Genossen an den Landeshauptmann, betreffend die Beleuchtung der Personenzüge auf der Strecke der steiermärkischen Landesbahn Kapfenberg—Nu-Seewiesen.
- Dringliche Anfrage der Abgeordneten Saringer, Regner und Genossen an die Landesregierung, betreffend Maßnahmen gegen die Preissteigerungen und betreffend das Getreideschnapsbrennen.
- Dringliche Behandlung.
- Beantwortung durch den Landeshauptmann 458
- Wechselrede.
- Präsident Regner 456
- Landesrat Winkler 460, 465
- „ Dr. Hübler 462
- „ Machold 463
- Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Hübler, Dr. Dantine, Dr. Dungern, Kobald und Genossen an den Landeshauptmann, betreffend die Erwirkung scharfer Schutzmaßnahmen gegen den Ausverkauf lebenswichtiger Bedarfsartikel an Ausländer zum Schutze der verbrauchenden Bevölkerung und des legitimen Handels- und Gewerbestandes.
- Dringliche Behandlung.
- Redner: Landesrat Dr. Hübler 467

Beginn der Sitzung: 4 Uhr 25 Min. nachmittags.

Vorsitzender: Präsident Franz Kölbl.

Schriftführer: Die Abgeordneten Johann Leichin, Raimund Riemelmoser, Franz Wihany, Dr. Otto Dungern.

Präsident Kölbl: Hoher Landtag! Ich eröffne die 17. Sitzung des hohen Landtages.

Der hohe Landtag wird sich in dieser Session hauptsächlich mit unaufschiebbaren Gemeindeangelegenheiten, und zwar vor allem mit Angelegenheiten der Landeshauptstadt Graz zu beschäftigen haben, die mit ihren ordentlichen Einnahmen nicht mehr auslangen kann und daher zu größeren Kreditoperationen

schreiten muß. Gleichzeitig dürfte der hohe Landtag Gelegenheit nehmen, die wenigen aus der früheren Session verbliebenen Rückstände zu erledigen, hauptsächlich die Vorlagen wegen Einführung einer Landesfrachtabgabe, einer Landesabgabe von Kraftfahrzeugen, den Bericht wegen Schaffung von Kraftwagenlinien, das Gesetz wegen der Wegfreiheit im Berglande, die Einführung einer Fürsorgeabgabe und die Anträge wegen Änderung des Gesetzes über die Wertzuwachssteuer, wegen Ausdehnung des Hausgehilfengesetzes und wegen Schaffung einer Landdienstboten- und Landarbeiterordnung.

Es war auch beabsichtigt, den Landesvoranschlag für das Jahr 1922 schon in dieser Session dem hohen Hause

vorzulegen; doch hat die sprungweise Geldentwertung der letzten Wochen die gänzliche Umarbeitung des Voranschlages notwendig gemacht.

Die Abgeordneten Julius Fröhlich und Franz Eichenegger haben angezeigt, daß sie ihre Mandate als Landtagsabgeordnete zurücklegen. An ihre Stelle wurden die Abgeordneten Josef Neumann und Norbert Kahr zur heutigen Sitzung eingeladen. Ich ersuche die Genannten durch die Worte „Ich gelobe“ unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Steiermark, dann stete und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze des Bundes und des Landes Steiermark und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten anzugeloben.

(Die Abgeordneten Josef Neumann und Norbert Kahr leisten die Angelobung.)

Die Bezirksgerichte Stainz, Graz und Bruck haben angefragt, ob der strafgerichtlichen Verfolgung der Abgeordneten Franz Kaspar, Raimund Riemelmoser und Fritz Krawagna zugestimmt wird.

Diese Anfragen werden dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse zugewiesen.

Über Beschluß der Obmännerkonferenz beantrage ich die dringliche Behandlung der Vorlage Nr. 145, das ist der Bericht der steiermärkischen Landesregierung, betreffend das Ansuchen der Stadtgemeinde Graz um Bewilligung zur Aufnahme einer städtischen Anleihe im Höchstbetrage von 350 Millionen Kronen.

(Die dringliche Behandlung wird beschlossen.)

Es wurde folgende dringliche Anfrage der Abgeordneten Saringer, Regner und Genossen eingebracht (liest):

„1. Ist die Landesregierung bereit, in geeigneter Weise den maßlosen Preissteigerungen entgegen zu wirken?“

2. Ist die Landesregierung bereit, die Rückübernahme des Erlasses der Bundesregierung vom 24. September 1921, Zl. 37.996, Abt. I, betreffend Verwandelung von Getreide in Schnaps, zu fordern?“

Die Anfrage weist die erforderlichen 10 Unterschriften auf.

Die Behandlung dieser dringlichen Anfrage wird am Schluß der heutigen Tagesordnung erfolgen.

Ferner wurde eine dringliche Anfrage an den Landeshauptmann der Abgeordneten Dr. Hübler, Dr. Dankine, Dr. Dungen, Kobald und Genossen, betreffend die Erwirkung scharfer Schutzmaßnahmen gegen den Ausverkauf lebenswichtiger Bedarfsartikel an Ausländer zum Schutze der ver-

brauchenden Bevölkerung und des legitimen Handels- und Gewerbestandes eingebracht.

Da dringliche Anfragen nach § 58 der Geschäftsordnung von 10 Abgeordneten unterschrieben sein müssen, diese Anfrage jedoch nur 5 Unterschriften trägt, so habe ich die Unterstützungsfrage zu stellen.

(Die Anfrage wird genügend unterstützt.)

Diese Anfrage wird gleichfalls am Schluß der Sitzung erledigt werden.

Nunmehr schreiben wir zur heutigen Tagesordnung.

Der erste Punkt derselben ist die Wahl eines Mitgliedes des Eisenbahn- und des Unterrichtsausschusses und eines Erfahmannes des Finanz- und des Landeskulturausschusses.

Ich ersuche diesbezüglich um Vorschläge seitens der sozialdemokratischen Partei.

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Wir schlagen vor, an Stelle des Herrn Abgeordneten Fröhlich in den Eisenbahn- und Unterrichtsausschuß als Mitglied den Herrn Abgeordneten Neumann und in den Finanz- und Landeskulturausschuß als Erfahmann gleichfalls den Herrn Abgeordneten Neumann zu wählen.

Präsident Kölbl: Ich ersuche jene Herren Abgeordneten, welche dem Vorschlage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Genehmigt.

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Wahl eines Mitgliedes des Straßen- und Brückenbauausschusses und eines Erfahmannes des Landeskulturausschusses aus dem steirischen Bauernbund.

Ich ersuche um einen Vorschlag.

Abgeordneter Schreckenthal: Ich schlage vor als Mitglied in den Straßen- und Brückenbauausschuß, sowie als Erfahmann des Landeskulturausschusses den Herrn Abgeordneten Kahr zu wählen.

Präsident Kölbl: Ich ersuche jene Herren Abgeordneten, welche dem Vorschlage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Angenommen.

Es gelangt nunmehr zur dringlichen Behandlung der

Bericht der steiermärkischen Landesregierung, betreffend das Ansuchen der Stadtgemeinde Graz um Bewilligung zur Aufnahme einer städtischen Anleihe im Höchstbetrage von 350 Millionen Kronen. (Beilage Nr. 145.)

Der Bericht liegt dem hohen Hause vor.

Der Antrag lautet (liest):

„1. Der hohe Landtag wolle das nachfolgende Gesetz beschließen und die Landesregierung ermäch-

tigen, allfällig notwendig werdende Änderungen unwesentlicher Natur an diesem Gesetze selbst vorzunehmen."

2. Der hohe Landtag wolle beschließen: „Die aus dem 1½-Millionen-Gulden-Anlehen der Stadtgemeinde Graz mit Landtagsbeschluß vom 8. April 1892 gebildete Gemeindefondsreserve von 200.000 fl. österreichischer Währung wird aufgelassen und dem Gemeindefonds der Stadtgemeinde Graz überwiesen. Hiemit erscheint die Tätigkeit der für dieses Anlehen eingesetzten Kontrollkommission beendet."

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Es liegt vor eine dringliche Anfrage der Abgeordneten Saringer, Regner und Genossen und ich erteile dem Herrn Präsidenten Regner zur Begründung dieser Anfrage das Wort.

Präsident Regner: Hohes Haus! Noch nie seit der Zeit des Umsturzes ist die Zeit so ernst gewesen wie jetzt, wo der heutige Landtag zusammentritt. Eine unglaubliche Teuerungswelle, welche die gesamte Bevölkerung beunruhigt, mit ihrer Begleitererscheinung, sich die Lebensmittel nicht verschaffen zu können, steigert unsere Wirtschaftsverhältnisse in Land und Stadt bis zu einem unerträglichen Zustand. Eine Nervosität ist allgemein wahrzunehmen, daß unsere Befürchtung in alle Kreise der Bevölkerung eingedrungen ist, sei es durch unrichtige Maßnahmen, sei es durch zu wenig Energie in betreff von Maßnahmen, um die Zustände, in denen wir uns heute befinden, einzudämmen oder zumindestens in einen erträglichen Rahmen zu bringen. Die Zeit, in der wir uns heute befinden, ist ernster als die Zeit des Zusammenbruches, wie ich schon eingangs erwähnt habe, und zwar ernster deshalb, weil wir damals die Möglichkeit gehabt haben, die furchtbarste Not und die Erregung in der gesamten Bevölkerung durch Maßnahmen, die uns aus den Zeitverhältnissen gegeben erschienen, zu mildern und die Hoffnung in der Bevölkerung lebendig zu machen, daß es wenigstens jetzt, nach dem Krieg, besser werden wird, während jetzt eine düstere Zukunft vor uns liegt und sich niemand von uns in dieser zurechtzufinden weiß, von Tag zu Tag die Krone entwertet wird und ein Sturm auf die vorhandenen Vorräte beginnt, sei es vom Inländer, sei es von Ausländern, die es versuchen, unsere niedere Krone dazu zu benutzen, um alles aufzukaufen, was vorhanden ist. Ich möchte aber nicht unerwähnt lassen, daß auch unverantwortliche Aktionen im Inlande die Nervosität der Bevölkerung äußerst erregen. Die Ausfuhrmöglichkeit von Vieh und Fleisch, die dank der Maßnahmen der letzten

Beschlüsse der Nationalversammlung wieder eingedämmt worden ist, hat ganz bestimmt ein beträchtliches Maß dazu beigetragen, Befürchtungen bei der Bevölkerung zu erregen. Wenn auch gesagt wurde, daß auch die Industrie ihre Produkte ausführt, um dadurch besonders fremde Valuten zu bekommen, so ist das nicht zu vergleichen mit der Ausfuhr unserer Lebensmittel, die wir nicht ergänzen können, während wir durch die Ausfuhr von Industrieprodukten, die wir nicht selbst brauchen, unsere Devisen im Auslande stärken können und dadurch die Kaufmöglichkeit zwecks Einfuhr von Rohmaterialien bedeutend erhöhen. So lange wir im Inlande so stark Not leiden und wir gezwungen sind, das Gefrierfleisch aus Amerika einzuführen, wonach wir unsere Schuld zur Ablieferung von 6000 Rühen nicht nachkommen können, ist es ganz bestimmt eine große Gefahr, einen Überfluß dadurch nach außen zu demonstrieren, daß wir Vieh abliefern. Der gleiche Zustand wie beim Fleisch ist auch bei den Kartoffeln. Es sind ja Maßnahmen von der Landesregierung in der vorigen Woche getroffen worden, daß die Verschleppung und Ausfuhr nach Möglichkeit beschränkt wird, daß die Grenze bewacht werden soll, um die Kartoffeln nicht ins Ausland verkaufen zu können. Unsere Kartoffelbewirtschaftung ist in diesem Jahre außerordentlich schlecht und wir sind nicht in der Lage, unseren Kartoffelbedarf im Inlande nur annähernd zu decken und es wird ein dringendstes Bedürfnis sein, daß die Landesregierung alles daransetzt, daß Verschleppungen unserer Inlandsprodukte, welche wir alle, ob Stadt, ob Land, notwendig brauchen, nicht um der lumpigen Valuta willen stattfinden können. Ich möchte darauf verweisen, daß der freie Handel, der von den gegnerischen Parteien mit so großer Sehnsucht gewünscht wurde, die Hoffnungen nicht erfüllt hat, die darauf gesetzt worden sind. Die Kontrolle, die doch teilweise auf den Handel gesetzt war, hätte man nicht so aus der Hand geben sollen. Ist doch die Spekulationswut, die heute eingetreten ist, bestimmt nicht allein darauf zurückzuführen, daß die Leute ihr Geld gegen Ware umsetzen wollen, sondern darauf, daß Waren kontrollos unter vollständiger Beseitigung jeder Verordnung gegen Wucher und Preistreiberei auf den Markt gebracht werden und dadurch die gesamte Bevölkerungskreise, die von den gekauften Waren leben müssen, unbedingt mehr geschädigt erscheinen, als zu jener Zeit, wo sie bei strenger Kontrolle diese Lebensmittel kaufen konnten. Es ist daher bestimmt nicht von der Hand zu weisen, daß diese Erhöhungen beziehungsweise diese Maßnahme des freien Handels in gar keinem Vergleich steht zu der Schädigung

gung der am Handel weniger beteiligten Kreise und daß ihnen gegenüber die Vorteile dieses geringen Teiles, der verkaufenden oder handelnden Gruppe der Bevölkerung gar nicht in Betracht kommen. Es ist notwendig, darauf zu verweisen, daß in dieser ernsten Zeit es nicht unterlassen wird, daß die Landesregierung alles daransetzt, um eine strenge Überwachung und Handhabung der bestehenden Vorschriften mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln anzuwenden, damit die derzeitigen Wucherpreise und auch die augenblickliche Verschleppung von Waren verhindert werden, um uns vor einem noch schrecklicheren Zusammenbruch wie im Jahre 1918 zu bewahren.

Ich möchte auch nicht unerwähnt lassen den zweiten Punkt unserer Anfrage wegen Verwendung des freigewordenen Getreides zur Brennung von Schnaps. Meine sehr Verehrten! Ich glaube, Sie begreifen die Erregung der Bevölkerung in dieser Hinsicht, wenn auch gesagt wird, die Sache sei ja nicht so gefährlich bezüglich der Schnapsbrenner. Sie müssen sich die Stimmung der Bevölkerung vor Augen halten, welche tagtäglich die Steigerung der Brot- und Mehlspreise nicht nur zu erwarten, sondern sogar vor Augen hat. Die Bevölkerung muß immer erfahren, daß sie in der nächsten Zeit unter einer großen Knappheit zu leiden haben wird, sie sieht, daß mit Rücksicht auf das Verlangen der Landbevölkerung, derselben das Kontingent auf das äußerste Maß herabgesetzt wird. Es ist daher begreiflich, daß sich der Bevölkerung in den Städten eine große Nervosität bemächtigt, wenn sie erfährt, daß, wo man nicht weiß, woher das Getreide kommen soll — das Getreide muß ja von Amerika und den überseeischen Gebieten eingeführt werden — unsere Regierung gestattet, daß das Überkontingentgetreide zu Branntwein verarbeitet werden soll. Darum schon möchte ich an die hohe Landesregierung die Bitte richten, mit allem Nachdruck bei der Bundesregierung dahin zu wirken, daß sie diesen Erlass aufhebt beziehungsweise zurückzieht und die Verwendung beziehungsweise Verbrennung von Getreide zu Schnaps verbieten soll. Wenn ich auch zugebe, daß das zu Schnaps verbrannte Getreide nicht dazu hinreicht, daß die Bevölkerung mehr Brot erhält, so ist es doch wünschenswert, daß diese Maßnahmen zur Beruhigung der breiten Massen der Bevölkerung dienen. Die Bevölkerung soll sehen, es wird ehrlich produziert und, wenn die Artikel auch nicht zu leicht erswinglichen Preisen abgegeben werden können, so sollen sie doch zu Nahrungszwecken für die Bevölkerung dienen, anstatt in Schnaps umgewandelt zu werden. Die Landesregierung wird ersucht, es nicht zu unterlassen,

bei der Bundesregierung diesen Schritt zu unternehmen und dadurch Beruhigung in die breiten Massen zu tragen.

Obwohl manches von der Landesregierung auf die leichtere Schulter genommen und manches Notwendige nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit behandelt und berücksichtigt wird, möchte ich doch darauf verweisen, daß die Landesregierung in der Grazer Zeitung hier und da eine Maßnahme aus der Kriegszeit in Erinnerung bringt, die noch in Kraft steht. Man sieht aber nicht jene Energie, die notwendig wäre, um solche Erinnerungen tatsächlich in eine wirksame Tätigkeit umzusetzen. Die Landesregierung sieht diese schrecklichen Zustände, sie weiß davon und ich glaube, daß auch von den einzelnen Ressorts derselben mit Nachdruck darauf hingewiesen wird, damit nicht ein gänzlicher Verfall eintrete in den Gemeinden, die unter dieser furchtbaren Entwertung des Geldes so schrecklich leiden, daß sie nicht wissen, wie und wo sie die Mittel aufbringen sollen. Dieser Zustand ist selbstverständlich rückwirkend auf die Nervosität der Bevölkerung, aber die Landesregierung hat nur durch ihre Ressorts auf diese Zustände hinweisen lassen, anstatt, daß der Herr Landeshauptmann seinen nicht zu unterschätzenden Einfluß bei der Bundesregierung dazu benützt hätte, daß die finanzielle Situation der Gemeinden auf eine beruhigende Basis gestellt wird, um beruhigend auf die Massen zu wirken, um zu tun, was möglich ist, damit für die Gemeinde nicht tagtäglich der Bankerott vor der Tür steht, ein Bankerott dieser Zellen, aus denen sich der Staat zusammensetzt. Es ist, ich möchte sagen, eine gewisse Gleichgültigkeit auf jenem Gebiete wahrnehmbar, welche unserem Glauben an die nötige und wirkliche Liebe zu diesem Staate, welcher sich Republik nennt, nicht entspricht. Manchmal verzweifelt man wirklich schon daran, daß diesem Staate die Möglichkeit gegeben ist, in seiner jetzigen Zusammensetzung bestehen zu bleiben. Sonst könnte man nicht an diesen so wichtigen Zellen des Staates mit Gleichgültigkeit vorübergehen. Hier kann es sich nicht bloß um eine Partei handeln, die im Staate schaltet und waltet, hier handelt es sich um die Fundamente des Staates und die müssen aufrechterhalten bleiben. In diesem Staate wird es immer verschiedene Parteien geben, aber dieses Staatsgebilde muß ein einiges bleiben, die Parteien müssen sich zur Einigkeit bekennen und müssen sich insbesondere bekennen zur Verfassung dieses Staates. Wenn das nicht der Fall ist, dann muß dies zu Zuständen in der Auffassung der Bevölkerung über die Verwaltung, über die Beurteilung der Verfassung

führen, die mit Bezug auf die einzelnen Gruppen der Bevölkerung, die eine Berücksichtigung ihrer Existenzmöglichkeiten verlangen, nicht gutgeheißen werden kann. Es ist aber eine Forderung der Gegenwart, daß nicht parteiische Interessen in den Vordergrund zu schieben sind in solchen Dingen, welche an den Nerv des Staates rütteln müssen und die Nervosität der Bevölkerung in einen Zustand versetzen, der für den Staat und seine ganze Existenz gefährlich wäre. Ich möchte die Landesregierung bitten, unsere Anregungen, die in der Anfrage enthalten sind, zu beherzigen und alles daran zu setzen, die in der Anfrage enthaltenen wichtigen Momente zu berücksichtigen und zu erfüllen. Wir sind der Meinung, daß eine entschiedene Tätigkeit auf dem Gebiet der Maßnahmen gegen die Ausfuhr, gegen die Verschleppung von Waren, gegen den Ausverkauf, andererseits eine rationelle Verwendung alles im Lande Produzierten Platz zu greifen habe. Gebe ein jeder, was er hat, dann bin ich der Meinung, daß es uns gelingen wird, in gemeinsamer Zusammenarbeit diese furchtbare Zeit zu überwinden. Es muß der gute Wille nicht allein, sondern es muß auch die werktätige Absicht und die Energie vorhanden sein, diesen Zustand zu überwinden zur Erhaltung der Republik und zur Beruhigung unserer Bevölkerung. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Kölbl: Zur Beantwortung der an die Landesregierung gerichteten Anfrage hat sich zum Worte gemeldet Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen. Ich erteile ihm dasselbe.

Landeshauptmann Dr. Rintelen: Hohes Haus! Ich möchte in erster Linie auf die beiden Punkte in der Interpellation des Herrn Vorredners zurückkommen, wo mir mangelnde Initiative in zwei Punkten vorgeworfen wird. Der Herr Vorredner sagte, ich hätte meinen Einfluß für die Finanzierung der Gemeinden in zu geringem Maße bei der Bundesregierung in die Wagschale geworfen. Ich bin von steirischen Gemeinden nur zweimal ersucht worden, zu intervenieren. Das erstemal war es eine obersteirische Gemeinde, welche mich ersuchte, in Wohnungsbauangelegenheiten zu intervenieren. Der Herr Vorredner hat diesbezüglich auch interveniert. Ich habe augenblicklich diesem Ersuchen Folge gegeben und, wie mir der Herr Vorredner zugeben wird, mit Erfolg. (Beifall bei den Christlichsozialen.) Das zweitemal hat sich der Herr Bürgermeister der Stadt Graz an mich gewendet, ich glaube, der wird nicht abstreiten, daß ich auch seinem Ersuchen sofort Folge geleistet habe, und zwar auch mit Erfolg. (Beifall bei den Christlichsozialen.) In anderen Fällen ist nicht an mich herangetreten worden.

Ich habe das Prinzip, mich nicht ungerufen in Gemeindeangelegenheiten einzumengen. Ich werde es immer als meine Pflicht betrachten, meinen ganzen Einfluß in die Wagschale zu werfen. Der verehrte Herr Vorredner hat auch die Bemerkung gemacht, daß in Strafsachen mit zu geringer Energie vorgegangen würde. Auch hier sind bestimmte Fälle nicht angegeben worden. Ich kann nur feststellen, daß eine große Anzahl von Fällen der Preistreiberei, sowie Beschwerden der politischen Behörden von den Gerichten abgeurteilt wurden; ich kann aber auch andererseits auf Beschwerden hinweisen gegen die politischen Behörden, wo man sich über ein Übermaß von Energie beklagt hat. Da muß man beide Gegenätze gegenüberstellen, um immer den richtigen Mittelweg zu finden. Der größte Teil dieser Fälle, besonders gegen die Preistreiberei, ist zurückzuführen auf das Einschreiten der mir unterstehenden Organe. Die Anzeigen gehen von den politischen Behörden aus, werden abgetreten an die Staatsanwaltschaft und werden da selbsttätig weiter verfolgt.

Wegen Verbrennung von Getreide zu Branntwein muß ich bemerken, daß dies in Steiermark nur eine geringe Rolle spielt. Ich teile aber den Standpunkt des Herrn Vorredners, der sich bei dieser schwierigen Zeit gegen eine derartige Verwendung richtet, und bin bereit — ich glaube, daß ich das ganze Haus auf meiner Seite habe — dies in entsprechender Weise bei der Wiener Regierung zu vertreten.

Der Herr Vorredner hat im ersten Punkte seiner Anfrage auch die allgemeine wirtschaftliche Lage erwähnt, auf die Preispolitik hingewiesen und, um seine Anfrage, mit Rücksicht auf die Bedeutung der Sache, möglichst eingehend zu beantworten, bin ich genötigt, einen kleinen Überblick zu geben über die Verfügungen, die in dieser Richtung in der letzten Zeit von der Landesregierung erlassen worden sind:

Die wirtschaftspolitische Entwicklung der letzten Zeit, die in der Bevölkerung geradezu eine Panik hervorgerufen und einen Ansturm des kaufenden Publikums auf die Warengeschäfte zur Folge hatte, haben mich bestimmt, die mir unterstehenden Ämter zu beauftragen, alle jene Mittel und Wege zu suchen, die im Rahmen der geltenden Gesetze möglich sind, um eine Milderung der krisenhaften Zustände herbeizuführen. Die Weisungen waren umso notwendiger, als die allgemeine Erregung der geängstigten Bevölkerung naturgemäß die Gefahr ihrer Ausbeutung durch gewissenlose Elemente im erhöhten Maße mit sich bringt, und als andererseits der wahllose Ausverkauf der Warengeschäfte seitens des Publikums die Güterverteilung

in der empfindlichsten Weise stört und dem realen Kaufmann es unmöglich macht, die ihm wirtschaftlich zukommende Funktion bei dieser Güterverteilung zu erfüllen, deren Störung naturgemäß auf die Allgemeinversorgung der Bevölkerung auf das schädlichste rückwirken muß.

Wenn nun auch leider festgestellt werden muß, daß die gegenwärtige wirtschaftspolitische Krise letzten Endes auf Ursachen zurückzuführen ist, die der Weltwirtschaftslage entspringen, und deren Beseitigung im Rahmen der Verwaltung eines einzelnen Landes unmöglich ist, wenn ferner auch die zwingenden Normen des Verfassungsgesetzes unserer Republik die Betätigung der einzelnen Landesverwaltungen auf wirtschaftspolischem und ernährungspolischem Gebiete stark einschränken, so habe ich doch pflichtgemäß im Rahmen des eigenen Wirkungskreises alles Notwendige vorgekehrt. Die politischen Unterbehörden wurden angewiesen, der Einhaltung der Höchstpreise das besondere Augenmerk zuzuwenden, wobei darauf hingewiesen wurde, daß in solchen Fällen, in denen sich die wirtschaftliche Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung bestehender Höchstpreise herausstellt, eben auf Grund von Beratungen aller interessierten Kreise die Neuregelung der Preise stattzufinden hat, daß es aber nicht angeht, daß einzelne, solange die Höchstpreisgesetze bestehen, die Preise eigenmächtig überschreiten.

Auch Fälle, in welchen Genossenschaften ihren Wirkungskreis in dem Sinn überschreiten, daß sie Preisfestsetzungen erstellen, und ihre Mitglieder zur Einhaltung dieser Satzungen verpflichten, sind unzulässig. Solche Beschlüsse sind nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung als rechtswirksam zu bezeichnen und von der Behörde zu beheben. Besonders ein Fall eines solchen Vorgehens, in dem eine Müllergenossenschaft unbefugt Preisätze für die Lohnvermahlung festsetzte, hat Erbitterung in weiten Kreisen hervorgerufen. Abgesehen von dem Einschreiten der Gewerbebehörde sind aber solche Beschlüsse, eventuell auch vom Standpunkt des Preistreibereigesetzes zu beurteilen. Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie hat auch in einem seinerseits ergangenen Erlaß auf diese Umstände hingewiesen und hiezu folgendes bemerkt:

Durch die im 3. Absatz des § 2 des Preistreibereigesetzes enthaltenen Worte: „Künstliche Ausschaltung oder Einschränkung des freien Wettbewerbes“ kommt klar zum Ausdruck, daß übermäßige Preisforderungen durch die Berufung auf Genossenschaftsbeschlüsse nicht gerechtfertigt werden können. Wer also, gestützt auf einen solchen Preistarif, ein offenbar übermäßiges

Entgelt fordert, macht sich die künstliche Einschränkung des Wettbewerbes zunutze und ist nach § 2 des Preistreibereigesetzes zu bestrafen. Die Genossenschaftsmitglieder aber, die die Aufstellung von offenbar übermäßigen Ansätzen enthaltenden Preistarifen beschließen, können allenfalls nach § 3 des Preistreibereigesetzes zur Verantwortung gezogen werden.

Es ist selbstverständlich, daß die Bestimmungen des § 52 der Gewerbeordnung und des § 14 der Preistreibereiverordnung, betreffend die Ersichtlichmachung der Preise, nach wie vor in Kraft stehen, wobei nur zu bemerken wäre, daß das Anschreiben der Preise in ausländischer Valuta dem Nichtersichtlichmachen gleich zu halten ist.

Um der Bevölkerung von Zeit zu Zeit die jeweils entsprechenden Preise der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel zur Kenntnis zu bringen, habe ich die Preisprüfungsstellen in Graz und Leoben um entsprechende Veröffentlichung ersucht.

In letzter Zeit sind auch Klagen zugekommen, daß einheimische Kunden zugunsten von Ausländern in der Bedienung zurückgesetzt werden, ja sogar manchmal die Abgabe von Waren verweigert wird, die die Ausländer ansichtslos erhalten. Solche Fälle sind allerdings vereinzelt und es ist bestimmt anzunehmen, daß der gesunde Sinn unserer Kaufmannschaft ein solches Gebaren selbst verurteilt.

Wenige Erscheinungen der Kriegs- und Nachkriegszeit sind derart geeignet, die Erregung und Erbitterung minderbemittelter Volksschichten hervorzurufen, als die Verschwendungssucht, wie sie in einzelnen Vergnügungslokalen vielfach beobachtet wird. Es wurde veranlaßt, daß in solchen Lokalen regelmäßig Nachschau gehalten und mit dem entsprechenden Nachdruck eingeschritten wird. Aber selbst das übermäßige und ausgelassene Gebaren einzelner Gäste, das an und für sich nicht strafbar ist, ist geeignet, Erregung und Erbitterung im größeren Umfange hervorzurufen und kann der Ausgangspunkt für die Störung der öffentlichen Ruhe werden. Es kann billigerweise verlangt werden, daß auch ein solches Vorgehen unterbleibe. Die Kontrollorgane sind angewiesen, solchen Erscheinungen mit besonderem Nachdruck entgegenzutreten; falls Ermahnungen nichts fruchten, müßte mit der Einschränkung der Sperrstunden oder Sperrung der Betriebe vorgegangen werden. Es kann jedoch der Überzeugung Ausdruck gegeben werden, daß die realen Gastgewerbetreibenden und die Bevölkerung bei der Bekämpfung solcher Unsitte eines Sinnes mit der Landesregierung sein werden, und daß es wohl in den

seltensten Fällen notwendig werden wird, mit Zwangsmaßnahmen gegen Gewerbetreibende vorzugehen.

Ein besonderes Augenmerk haben die Behörden auch der Abwicklung des Marktverkehrs zuzuwenden. Die Marktorgane sind angewiesen, unbegründete Preissteigerungen möglichst zu verfolgen, da gerade in diesen Fällen sich der Tatbestand unerlaubten Vorgehens leichter nachweisen lassen wird. Mißstände auf den öffentlichen Märkten sollen umso eher abgestellt werden, als solche Mißstände am leichtesten geeignet sind, Störungen der öffentlichen Ruhe hervorzurufen. Im Zusammenhange damit habe ich die Aufmerksamkeit der Behörden darauf gelenkt, daß es sich unter Umständen empfehlen kann, auf Grund des § 68 der G.-O. die ersten Marktstunden den Einkäufern im kleinen vorzubehalten und die Großeinkäufer erst späterhin zum Markte zuzulassen.

Im Zuge des Abbaues der staatlichen Zwangswirtschaftung hat sich naturgemäß eine gewisse Freiheit im Verkehr des Handels in die anderen Bundesländer entwickelt. Besonders die Regelung der damit zusammenhängenden Fragen ist von einschneidender Bedeutung und mit großen Schwierigkeiten verbunden, da Beschränkungen des Verkehrs in andere Bundesländer den Bestimmungen des Verfassungsgesetzes widersprechen. Auf alle Fälle aber kann der Handel selbst in seinem Wirkungskreis zur Milderung der gegenwärtigen Lage beitragen und die ungünstigen Rückwirkungen erhöhter Ausfuhr auf die Versorgungslage des Landes dadurch fernhalten, daß er es als erste Pflicht erkennt, vor allem das Heimatland mit Waren zu versorgen und den, vielleicht einen größeren Gewinn abwerfenden Handel nach auswärts erst dann ins Auge faßt, wenn die Versorgungspflicht dem Heimatlande gegenüber erfüllt ist. Geschieht dies, dann wird es nicht notwendig werden, mit Zwangsmaßnahmen, wie Widerruf von Handelsbefugnissen, Anforderungen, Vorratsaufnahmen und dergleichen vorzugehen.

Der Handel in das Zollaussland unterliegt, wie bekannt, der bundesgesetzlichen Regelung und kommt der Landesregierung auf die Durchführung der geltenden Bestimmungen ein entscheidender Einfluß nicht zu. Ich habe jedoch den Vertreter in der Kommission, die zur Beurteilung der Ansuchen um Ausfuhr in das Zollaussland berufen ist, anweisen lassen, in Berücksichtigung der dermaligen krisenhaften Zustände sich gegen die Ausfuhr von wichtigen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln auszusprechen.

Bei der Gelegenheit möchte ich ferner bekanntgeben, daß ich auch Veranlassung getroffen habe, daß der

unbefugten und übermäßigen Ausfuhr von Bedarfsartikeln durch Ausländer im Bahn- oder Kraftwagenverkehr mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln entgegengetreten werde.

Schließlich möchte ich noch beifügen, daß es sich empfehlen wird, wenn in den größeren Konsumzentren unter amtlicher Führung „Fliegende Kommissionen“ mit Zuziehung aller interessierten Kreise gebildet werden, um die Verhältnisse bei der Preisbildung und dergleichen zu verfolgen und die geeigneten Vorschläge zu erstatten.

Es ist selbstverständlich, daß ich die wirtschaftspolitische Entwicklung nach wie vor mit größter Aufmerksamkeit verfolge, und daß die in Betracht kommenden Fachreferenten angewiesen sind, die notwendigen Vorschläge zu erstatten und die Durchführung des als recht Erkannten mit aller Beschleunigung und Energie zu veranlassen. (Lebhafter Beifall.)

Landesrat Winkler: Ich möchte namens meiner Partei auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten *Regner* kurz reflektieren. Aus seinen Ausführungen haben wir ersehen, daß in der sozialdemokratischen Partei noch immer die Meinung vorherrscht, daß auf Kosten des Bauernstandes insbesondere durch Maßnahmen auf dem Gebiet der Beschränkungen des Verkaufes agrarischer Produkte die Teuerung abzubauen gesucht wird. Ich möchte mich da insbesondere auf die Ausführungen beziehen, welche dahin gegangen sind, daß der Beschluß des Nationalrates, wonach die Viehausfuhr verboten ist, von Ihrem Standpunkte aus begrüßt wurde. Wir bedauern den Standpunkt des Nationalrates deshalb, weil wir nicht einzusehen vermögen, daß die Viehausfuhr, beschränkt auf das Zuchtvieh, nicht auch im Interesse der konsumierenden Bevölkerung gelegen wäre. Es ist im Nationalrat von den Vorarlbergern darauf hingewiesen worden, daß gerade die Ausfuhr von Zuchtvieh — und Sie wissen ja, daß wir in den Alpengebieten hauptsächlich im Frieden speziell Zuchtvieh und Jungvieh für Böhmen, Mähren, Deutschland und Ungarn abgegeben haben — daß durch diese Ausfuhr auch die Einfuhr von Konsumartikeln im Kompensationswege möglich wurde. Die Vorarlberger haben beispielsweise über 300 Waggon Kartoffeln im Kompensationswege nach Österreich gebracht. Wenn wir die Frage näher untersuchen, ob dies auch im gegenwärtigen Augenblicke angebracht ist, wo die Ernährung auf einige Schwierigkeiten gestoßen ist, wo durch die Entwertung des Geldes, der Bezug von Getreide sowohl im Inlande als auch aus dem Auslande auf ungeheure Schwierigkeiten stößt, so müssen wir feststellen, daß der Absatz

an Zuchtvieh ähnlich dem Absatz von Produkten in der Industrie gleich ist, und zwar deswegen, weil wir das Zuchtmaterial auf unsere Wirtschaft eingestellt haben und wir einfach das Zuchtvieh im Inlande nicht in der Weise absetzen vermögen, wie es wünschenswert erschiene, wie seinerzeit in der alten Monarchie, als ein großes Wirtschaftsgebiet bestanden hat, der Absatz von Zuchtvieh gegen Getreide und Kartoffel erfolgte, was aber heute nicht möglich ist. Wir müssen daher vom Standpunkte der Erhaltung der Viehzucht einerseits und vom Standpunkte der Erhaltung des Bauernstandes anderseits unbedingt darauf bestehen, daß die Ausfuhr von Zuchtvieh unbedingt freigegeben werde. (Zwischenrufe: „Sehr richtig!“ „Wer bestimmt das?“) Ich bitte Sie, das läßt sich leicht bestimmen, weil wir der Bezirkshauptmannschaft doch einige Fachkenntnis zu vertrauen und sie leicht unterscheiden wird können, ob es sich um ein Schlachtvieh oder Zuchtvieh handelt. Nun, meine Herren, wir haben gesehen, daß dieser Antrag des Nationalrates mit einer bedeutenden Majorität gegen eine kleine Minorität angenommen wurde. Nach meinen Informationen war das eine Überraschung des Hauses, weil sogar die Christlich-sozialen gegen ihren eigenen Minister sich verleiten ließen, für diesen sozialdemokratischen Antrag zu stimmen. Was die Bauern dazu sagen, überlasse ich Ihrer Partei und den Bauern. Wir müssen aber feststellen, daß wir an der Forderung festhalten, daß das Zuchtvieh überhaupt keiner Beschränkung in bezug auf die Ausfuhr deshalb unterliegen darf, weil wir sonst überhaupt die Erzeugung von Zuchtvieh als solche auf ein ganz anderes Niveau einstellen müssen. Wäre es, meine Herren, nicht sehr gut für unsere Volkswirtschaft, wenn wir — nehmen wir unser Zuchtvieh an — dieses Zuchtvieh in valutastarke Länder ausführen und mit dieser anderen Valuta im Kompensationswege Lebensmittel für unsere Konsumenten sowohl in den Städten als auch in den Alpengebieten einführen? Wenn wir diese Fragen beurteilen dürfen wir nicht vergessen, daß wir dadurch im Wege der Kompensation Lebensmittel ins Land bringen und dadurch auch die Konsumenten in den Städten und Alpenländern versorgen können. Man hegt die Befürchtung, daß durch die Ausfuhr von Zuchtvieh die Lage im Lande in bezug auf die Ernährung erschwert wird. Es mag sein, daß diese Besorgnis in Ihren Kreisen deshalb aufgetreten ist, weil in der letzten Zeit eine ungeheure Verteuerung aller Lebensmittel eingetreten ist. Diese Verteuerung ist aber darauf zurückzuführen, daß die Entwertung unserer Krone gerade in den letzten Wochen ungeheure Fortschritte ge-

macht hat. Sie werden zugeben, daß die Entwertung der Krone im allgemeinen naturgemäß sich entwickelt deshalb, weil eben die anderen Staaten und Börsen, ob sie nun in Zürich, Prag oder Berlin sind zu einem Staate, der alle Wochen drei Milliarden auf den Markt wirft, kein Vertrauen haben können. Infolgedessen muß die Krone zurückgehen. Es ist dies auch vom Standpunkte der Landbevölkerung bedauerlich. Wir stimmen diesbezüglich mit Ihnen überein und sind bereit, mit Ihnen jene Wege zu gehen, welche der Entwertung der Krone entgegenzutreten. Es ist unmöglich, daß diese Staatswirtschaft und die Finanzwirtschaft dieses Staates auf die Dauer einigermaßen aufrecht erhalten werden kann (Landeshauptmann-Stellvertreter Pongrácz: „Ihre Herren sind in der Mehrheit!“), und daß diese Finanzwirtschaft zum Zusammenbruche dieses Staatswesens führen muß. Wir vermeinen die Tätigkeit des neuen Finanzministers abwarten zu sollen, um uns dann ein eigenes Urteil bilden zu können. Was wir in den zweieinhalb Jahren bisher gesehen haben, waren lediglich Maßnahmen, welche die Krone weiter verschlechterten und die Valuta weiter herabgedrückt haben, und dann wundern Sie sich von der anderen Seite, daß die landwirtschaftlichen Produkte im Preise steigen. Es ist naturnotwendig, daß durch die Entwertung der Krone, durch welche alle Bevölkerungsschichten getroffen sind, selbstverständlich auch die Preise für die agrarischen Produkte steigen müssen. Das ist ein selbstverständlicher Vorgang. Es hat übrigens auch Dr. Bauer sehr richtig ausgeführt, daß wir dadurch, daß wir auf die Bahnen, Einrichtungen, Anstalten und sonstigen Unternehmungen des Staates ungeheure Beträge daraufzahlen und dadurch das ungeheure Milliardendefizit entstanden ist, eigentlich den Italienern, Jugoslawen, Tschecho-Slowaken und den übrigen Nachbarstaaten, welche Transitwaren durch Österreich leiten und dieses ausverkaufen, daß wir diesen Staaten selbstverständlich Milliarden Geschenke machen. Es ist schließlich selbstverständlich, daß durch diese Geschenke des Staates, die ja im wesentlichen dazu beigetragen haben, daß die Krone ein derart niedriges Niveau erreicht hat, einerseits durch die Milliarden Geschenke, anderseits durch die fortgesetzte Tätigkeit der Banknotendruckerei, der Zusammenbruch herbeigeführt werden muß.

Die selbstverständlichen Anforderungen durch die Angestelltenschaft, durch die Beamtenschaft, müssen naturgemäß ein Maß annehmen, das in die Milliarden geht. Es darf Sie daher nicht Wunder nehmen, wenn wir in dieser Finanzwirtschaft des Staates nur Grau in Grau sehen können. Ich meine also, daß von diesem

Standpunkte aus Sie, meine Herren, von der linken Seite des Hauses, zur Auffassung kommen sollten, daß nicht einzig und allein die Landbevölkerung schuld ist an der Verteuerung der Lebensmittel, und Sie auch nicht die Forderung erheben sollten, daß eine Verschärfung der bestehenden Maßnahmen, der Höchstpreise, der Kontingentierung, Absperrung der Landesgrenzen usw. Platz zu greifen habe. Es ist daher auch nicht am Platze, daß hier Fragen diskutiert werden, die unseres Erachtens längst abgetan sind. Ihr Herr Sprecher hat erwähnt, daß auch die Höchstpreise nicht eingehalten werden, und der Herr Landeshauptmann hat versprochen, daß diese Höchstpreise genau kontrolliert werden, und daß den politischen Unterbehörden eingeschärft wird, die Kontrollvorschriften genau durchzuführen. Der Herr Landeshauptmann hat auch erklärt, daß von beiden Seiten Beschwerden kommen. Sie erklären, daß die Bezirkshauptmannschaften zu wenig rigoros vorgehen. Wir erklären, daß gegenüber der Landbevölkerung viel zu rigoros vorgegangen wird. (Oho-Rufe.) Ja es ist so. Wir müssen einmal mit diesen Höchstpreisen brechen, weil diese Höchstpreise nur eine Belohnung für denjenigen sind, der in seinem Betriebe nicht die Tätigkeit ausbringt, die für denselben notwendig ist. Das ganze System der Höchstpreise hat sich nicht gehalten. Es war einseitig auf die Landwirtschaft zugeschnitten und es ist auf die Dauer unmöglich, diese Höchstpreise nur für die Landwirtschaft aufrecht zu erhalten, weil eine Produktion auf dieser Grundlage unmöglich ist, weil die Entwertung der Krone tagtäglich Fortschritte macht, weil der Bauer auch schließlich und endlich die Kaufkraft der Krone prüft und sagt: seinerzeit habe ich um das Geld das und das eingekauft und heute bin ich dazu nicht mehr imstande. Sie müssen auch diesem Standpunkt Gerechtigkeit widerfahren lassen, weil der Landwirt nur durch den Verkauf dessen, was er auf der eigenen Scholle erzeugt, seinen Lohn verdient und etwas hereinbringt.

Wir sind einverstanden mit Ihnen in der Richtung, indem auch wir es für unrichtig halten, daß gegenwärtig Getreide zu Branntwein verarbeitet wird. Das kann in normalen Zeiten geschehen, aber nicht in Zeiten, wo eine Verschärfung der Lebensbedingungen, eine Lebenskrise, eingetreten ist.

Nun ist auch darauf verwiesen worden, daß durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft und durch die Einführung des freien Handels diese Krise eingetreten ist, und daß getrachtet werden soll, durch Verordnungen und Maßnahmen, diese Zustände aufzuheben, beziehungsweise einer Besserung zuzuführen. Ich glaube, wir als Parteien dieses Landtages sollten uns beson-

ders in einer Richtung einigen, daß wir gemeinschaftlich auf den Staat einen Druck ausüben, daß der Staat vor allen in finanzieller Richtung konsolidiert wird, daß innerpolitisch eine einheitliche Linie gefunden werden soll, und daß die Untergrabung der Politik durch die karlistischen Machenschaften ein Ende hat. Das ist, glaube ich, auch unbedingt nötig und, wenn wir diese beiden Fragen, die Konsolidierung unserer Finanzwirtschaft und die karlistischen Quertreibereien einer Regelung zugeführt haben, wird sich auch eine Regelung der anderen Fragen bezüglich der Ernährung der Bevölkerung, des Zusammenarbeitens aller Berufsschichten dieses Landes und Staates von selbst ergeben. Solange wir aber in diesem Staate eine derart schlechte, verfallene Wirtschaft haben, können wir von einzelnen Ständen nicht verlangen, daß sie so ungeheure Opfer für andere bringen, wenn sie auch wissen, daß alle Stände gemeinsam unter dieser Entwertung der Krone furchtbar leiden. Wir sind der Meinung, daß alles Elend dieses Staates vom Friedensvertrage herrührt und daß der Friedensvertrag die Schuld trägt an der Entwertung unserer Krone, weil wir zu wenig Selbstvertrauen aufgebracht haben, weil wir alle unsere Hoffnungen auf die Entente gesetzt haben, weil wir unser Programm nicht ausgeführt haben, weil wir sahen, daß alle diese Maßnahmen ein Schlag ins Wasser waren infolge der Unterschreibung dieses Friedensvertrages. (Beifall.)

Landesrat **Dr. Hübler**: Hohes Haus! Die großdeutsche Volkspartei hat an den Herrn Landeshauptmann die dringliche Anfrage gerichtet, ob der Herr Landeshauptmann geneigt ist, für den Fall, daß mit den bestehenden, in der Bundesgesetzgebung liegenden Maßnahmen gegen den Ausverkauf durch Ausländer kein Auslangen gefunden wird, bei der Bundesregierung für eine Verschärfung dieser Maßnahmen zu wirken. Ich will meine Begründung kurz fassen, weil von der sozialdemokratischen Partei eine ähnliche Anfrage eingebracht wurde und der Herr Landeshauptmann auf einzelne, auch von uns angezogene Gesichtspunkte bereits geantwortet hat und im Laufe der Wechseltrede ein großer Teil der Fragen bereits angeschnitten wurde. Nur auf einen konkreten Fall, der uns am meisten am Herzen liegt, möchte ich das Augenmerk lenken, das ist der Kampf gegen die fremde Währung im kleinen Ausverkauf. Es ist geradezu eine Panik entstanden, ein Ansturm auf die Geschäfte, indem sich zahlreiche fremdwährungsfremde Händler in den Städten einfanden und zusammengekauft haben, was sie zusammenkaufen konnten. Dadurch ist sowohl der verbrauchenden Bevölkerung als auch den legitimen

Handel- und Gewerbetreibenden ein ungeheurer Schaden zugefügt worden. Die verbrauchende Bevölkerung ist in den Wintermonaten bezüglich einzelner Gebrauchsartikel, Wollschachen, Kleidern, Schuhen usw., von Nahrungsmitteln ganz abgesehen, geradezu einem Mangel ausgesetzt. Andererseits ist der legitime Kaufmann nicht in der Lage, sich vor dem Ansturm der fremden Valuten zu schützen. Vielfach ist es geschehen, daß die Geschäfte gesperrt haben, weil sie über kurz oder lang sonst über keinen Vorrat mehr verfügen hätten. Wie mir berichtet wurde, ist gerade in den Grenzgebieten eine Sperrung zahlreicher Geschäfte erfolgt, weil dort ein ausgedehnter Schmuggel eingekehrt hat. In der Richtung wäre daher eine verschärfte Grenzkontrolle unbedingt notwendig, wenn auch zugegeben wird, daß die politischen Verhältnisse der letzten Zeit einen großen Teil unserer Sicherheitsorgane in anderer Richtung festgelegt haben. Ich möchte nur hinzufügen, daß das, was in Deutschland nach dem Zusammenbruche durchgeführt wurde, daß gegen Ausländer in der Preisbildung Ausnahmsbestimmungen eingeführt waren, sich in gewisser Weise auch bei uns durchführen ließe. Wenn es bei uns nur ein feststehender Gebrauch wäre, die Ausländer in den Gasthöfen einen fünf-, zehn- oder zwanzigfachen Betrag zahlen zu lassen, so würde dadurch vielleicht für die einheimische Bevölkerung ein erträglicherer Preis ermöglicht werden. Die gleiche Behandlung wäre dann natürlich auch in allen Geschäften einzuhalten. Dabei muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß der Kaufmann heute nicht in der Lage ist, von einem Ausländer den zehn- bis zwanzigfachen Preis zu verlangen, weil er immer fürchten muß, mit dem Preistreibeigeseß in Konflikt zu kommen. Aber es wird sich immerhin ein Modus finden lassen, damit auch die valuta starken Ausländer in entsprechender Weise bei ihren Einkäufen herangezogen werden können.

Ich möchte noch kurz ein besonderes Kapitel streifen, das ist die Wohnungsfrage bezüglich der Vergebung einzelner Zimmer. Es ist eine Tatsache, daß unsere deutschen Hochschüler zum größten Teil ohne eine Unterkunft dastehen. Es liegen einzelne tatsächlich auf der Straße, weil bei uns die valuta starken Ausländer sämtliche verfügbaren Zimmer in Beschlag genommen haben. Eine Schutzmaßnahme in dieser Richtung wäre Sache der Gemeindevertretung der Stadt Graz. Vielleicht könnte auch die Landesregierung durch helfende Initiative zur Beseitigung dieses Übels beitragen. Es ist dies nur ein Ausschnitt aus dem ganzen Komplex von Fragen, die bereits in dieser Debatte erörtert wurden. Ich bin der Meinung, daß wir nicht dazu bei-

tragen sollten, gerade in Fragen wirtschaftlicher Natur parteipolitische Gegensätze zu verschärfen und daß nur eine gemeinsame Arbeit in dieser Zeit höchster politischer und wirtschaftlicher Gefahr uns retten und zu einem Erfolg verhelfen kann. (Beifall.)

Landesrat Machold: Hohes Haus! Wir stehen mitten drinnen in einer Wirtschaftsdebatte und der Ernst der Situation, scheint mir, wird schon dadurch gekennzeichnet, daß alle Redner bis jetzt in rein sachlichen Ausführungen ihre Auffassung zum Ausdrucke gebracht haben. Ich will das auch tun und möchte mich zuerst mit Herrn Landesrat Winkler beschäftigen, der gegen die Aufhebung der Viehausfuhr Stellung genommen hat. Herr Landesrat Winkler hat vielleicht in manchem recht, in vielem hat er aber nicht recht. Er sagt, daß Steiermark ein Land ist, das nur Zuchtvieh habe, und daß das Land, eigentlich die Landwirtschaft, sehr schwer geschädigt werde, wenn die Ausfuhr von diesem Zuchtvieh unterbunden würde. Aus seinen Ausführungen aber konnte man entnehmen, daß den steirischen Landwirten eigentlich weniger daran liegt, dieses Vieh auszuführen, soweit sie weniger dafür bekommen, sondern es handelt sich ihnen hauptsächlich um den Mehrerlös; denn es gibt in Österreich genug Länder, wo dieses Zuchtvieh dringend benötigt wird. Ich verweise da in erster Linie auf Niederösterreich und Oberösterreich, und wenn auch der Futtermangel und noch viele andere Argumente vorgebracht werden, so ist doch der größte Hinderungsgrund der, daß diese Länder den geforderten Preis nicht bezahlen können. Es handelt sich daher weniger um eine Stärkung des Inlandes, sondern nur darum, einen recht günstigen Preis zu erzielen. Nun hat der Herr Kollege Winkler gemeint, wir bekommen ja Kompensationen für dieses Zuchtvieh. Diesbezüglich möchte ich die Frage aufwerfen, wo sind denn diese Kompensationen bis jetzt geblieben? Wir haben von den Kompensationen nie etwas zu sehen bekommen bis auf das einzige Beispiel von Vorarlberg, wo einmal 300 Waggon Kartoffeln hereingekommen sind. Demgegenüber steht aber fest, daß in einer Reihe von Ländern Vieh ausgeführt wurde, daß die Konsumenten aber davon nichts wissen, wie das kompensiert wurde; das einzige Kompensat war das, daß die Landwirte ausländische Valuta bekommen haben, die Konsumenten haben nichts gehabt.

Sehr erfreut bin ich davon, daß Herr Kollege Winkler gleich dem Herrn Landeshauptmann dagegen Stellung nimmt, daß heute, in dieser ernsten Zeit, Getreide verwendet wird zum Schnapsbrennen. Nun möchte ich mir aber dazu die Bemerkung erlauben, daß wahr-

scheinlich die anderen Landwirte — nicht die aus Steiermark, denn die steirischen Landwirte kommen nicht in Betracht und diese sind deshalb damit einverstanden — das verlangt haben vom Minister, denn sonst hätte dieser nicht aus eigenem heraus eine solche Verordnung erlassen. Es muß so ähnlich gewesen sein, und das kann doch wieder nur von der bürgerlichen Seite gekommen sein. Ihre Herren Kollegen werden also beim Herrn Minister gewesen sein und werden verlangt haben, daß ihnen die Ermächtigung gegeben wird, aus dem überschüssigen Getreide Schnaps brennen zu dürfen. Und wenn die Kollegen das ablehnen, so ist es sehr erfreulich, aber schuld an der Verordnung sind sie doch, wenn nicht in direkter, so in indirekter Weise. (Zwischenruf: „Das ist unsachlich!“) Das ist sehr sachlich, denn es ist kein Zweifel, daß es so steht und Sie werden nicht behaupten, daß ich unrichtiges sage. Es ist sehr sachlich, daß diese Schnapsbrennereien verlangt worden sein werden von den Herren Kollegen. (Zwischenruf: „Nicht von Bauern sondern von der Industrie!“) Das ist nicht so. Nun, was aber am meisten aufregend und aufreizend bei dieser Verordnung war, die diese Ausfuhr von Vieh in der heutigen Zeit zugelassen hat, war der Umstand, daß nicht ein einziger Konsumentenvertreter bei dieser Beratung dabei war. Sämtliche Landesregierungen sind eingeladen worden, vielleicht war es ein Zufall, ein Versehen, aber das ist bei allen Ländern vorgekommen, und bei der Beratung, die beim Ackerbauminister stattgefunden hat, war kein einziger Konsumentenvertreter dabei und es waren alle Vertreter einverstanden, daß diese Verordnung herausgegeben werden soll, weil eben lauter einseitige Vertreter bei der Beratung waren. Wären auch Konsumentenvertreter dabei gewesen, hätte man über diese Frage auch sachlich sprechen können und man hätte noch darauf verweisen müssen, daß bestimmte Vorsichtsmaßregeln angewendet werden müssen. Wir lassen uns nicht täuschen, wir wissen alles aus eigener Erfahrung und kein Mensch glaubt heute daran, daß nur Zuchtvieh hinausgeht, und wir wissen ganz genau, daß sehr viele Schlachtreise Ochsen unter dem Titel Zuchtvieh hinausgegangen sind, und deshalb ist die Bevölkerung beunruhigt. Wer bürgt uns dafür, daß nicht auch solches Vieh hinausgeht, welches wir so unumgänglich notwendig brauchen, um uns besonders bei den jetzigen Schwierigkeiten überhaupt im Lande erhalten zu können. Soviel zur Frage dieser Verordnung.

Herr Kollege Winkler hat auch die Finanzwirtschaft im Staate einer ziemlich gerechten und herben Kritik unterzogen. Ich bin seiner Meinung und pflichte

ihm vollständig bei, möchte mir aber doch in Freundschaft die Frage erlauben, ob nicht auch die Herren von Ihrer Seite viel dazu beigetragen haben, daß es zur Entwertung der Krone und zu dieser Finanzwirtschaft gekommen ist. Sie wissen, daß wir jeden Monat etwas mehr als 5000 Waggons Mehl nach Österreich einführen müssen, daß wir vor ganz kurzer Zeit hierfür noch zwei bis drei Milliarden gezahlt haben und im Winter werden wir bei dieser Entwertung vielleicht 8 bis 9 Milliarden zahlen müssen. Wäre es nicht nahelegend gewesen, daß Sie sich auch zu einem größeren Opfer herbeigelassen hätten und wäre es nicht nahelegend gewesen, daß Sie das Getreidebewirtschaftungsgesetz in einer solchen Form geschaffen hätten, daß die Konsumenten und der Staat dabei nicht zu einem so furchtbaren Schaden kommen. Warum wird aber unsere Krone so entwertet? Weil wir mit unserer entwerteten Krone im Ausland Valuta kaufen müssen, um Getreide und Mehl hereinzubringen. Wir haben doch das Mehl im Lande (Zwischenruf: „Hier nicht!“) und wenn wir es hier nicht haben, so haben wir es in Nieder- und Oberösterreich, und Sie haben es verhindert, daß der Staat dieses Getreide billiger bekommt und es den Konsumenten zugeführt werden kann. Sie sind also mitschuldig an der furchtbaren Entwertung unserer Krone, welche ja hauptsächlich auf den Umstand zurückzuführen ist, daß wir Lebensmittel und Rohprodukte im Ausland kaufen müssen. Wenn wir von einer schlechten Finanzwirtschaft reden und nach Mitteln und Wegen suchen, diese zu verbessern, so müssen wir uns darüber klar sein, daß alle zu Opfern herangezogen werden müssen. Meine Herren! Sie sind am allerwenigsten bereit, zu opfern, die Bauernschaft bringt dem Staate am wenigsten Opfer, das unterliegt keinem Zweifel. Da kann man darüber reden, wie man will, man braucht nur sehen, wem es im Staate nicht schlecht geht, das sind im Staate heute allein die Bauern (Widerspruch); denen geht es heute noch immer besser, denn die haben heute noch immer zu essen. (Abgeordneter W i s a n y: „Ist das sachlich?“) Das ist sachlich und wahr. Wenn Sie heute die hohen Löhne der Angestellten, der Arbeiter heranziehen, so müssen Sie dem gegenüberhalten, daß diese mit all diesen Löhnen nicht das kaufen können, was sie früher kaufen konnten. Sie aber draußen am Lande leben jetzt besser, als Sie im Frieden gelebt haben. Sie haben sich nach keiner Richtung in Ihrer Lebenshaltung irgendwie eine Einschränkung gefallen lassen müssen. Das können Sie aber von keinem Konsumenten behaupten; er leidet genau so wie früher noch immer. Alle Geseze, welche geschaffen werden, werden so durchgeführt, daß

die Bauernschaft am wenigsten belastet wird. Wir haben zum Beispiel das Brotstafelungsgeſetz, ein Geſetz, daß, wenn es durchgeführt wird, für den Staat keinen Erfolg haben wird. Erkundigen Sie ſich draußen bei den Gemeinden, wie es heute ſteht, wie viele Brotkarten heute die Bauern haben. Stellen Sie feſt, ob ſie dieſe mit Berechtigung haben, nachdem das Brotſtafelungsgeſetz durchgeführt wird, in welche Kategorie ſich die Bauern einreihen laſſen, ob in die mittlere oder in die untere Kategorie! Alle haben ſich in die unterſte Kategorie einreihen laſſen. Ich weiß dies aus einer Reihe von Mitteilungen, die mir gemacht worden ſind, daß es ganze Gemeinden gibt, wo ſich kein einziger Bauer in die mittlere Kategorie hat einreihen laſſen. Nun, iſt das eine Gerechtigkeit? Wollen Sie die Finanzwirtſchaft des Staates von anderen fördern laſſen, ſich ſelbſt aber zu keinen Opfern aufſchwingen, ſo iſt das unmöglich und ungerecht und deshalb wäre es gut, wenn wir ſachlich über alle dieſe Fragen reden und feſtſtellen würden, daß jeder Stand gezwungen iſt, Opfer zu bringen für den Staat, und ich bin überzeugt, daß es ſo gehen muß, denn ſonſt gehen wir alle zugrunde. Die Situation iſt heute eine derartige, daß man nicht weiß, was morgen oder übermorgen entſtehen kann. Dießbezüglich bin ich vollſtändig eines Sinnes mit dem Kollegen Winkler und habe ich gegen dieſen Teil ſeiner Ausführungen keine Einwendung zu erheben. Ich bin mit ihm der Auffaſſung, daß die ſtrengſte Ahndung aller dieſer die ganze Bevölkerung beunruhigenden Beſtrebungen am Platze iſt, die darauf gerichtet ſind, immer mehr Unruhe im Lande zu erzeugen. Da muß entſprechend eingegriffen werden ſeitens der Landesregierung und wir müſſen vom Landeshauptmann verlangen, daß er Mittel und Wege ſucht, dem ein Ende zu bereiten und zwar gründlich. Wir können nicht zulaffen, daß die Bevölkerung in dieſer ſchweren Zeit durch derartige Umtriebe beunruhigt wird, inſbeſondere müſſen wir verlangen, daß diejenigen, die dem Staate, der Republik den Eid der Treue geleistet haben, das ſind die Offiziere und Beamten, daß dieſe rückſichtslos ausgeſtoßen werden aus dieſen Körpern, denn es iſt ein unmöglicher Zuſtand, daß wir Offiziere in unſeren Reihen haben, die ausgeſprochene Karliſten ſind, oder ſich zu den Legitiſten bekennen. Es getraut ſich niemand, auch die Landesregierung nicht, dagegen aufzutreten. Daſſelbe iſt bei den Staatsbeamten, bei den öffentlichen Beamten überhaupt der Fall; die müſſen heraus, und wenn ſie keine Republikaner ſind, ſo ſollen ſie ihre Dienſte dem Karl in der Schweiz anbieten, aber hier haben ſie nichts zu tun. Nach dieſer Richtung alſo, bin

ich völlig eines Sinnes mit Herrn Kollegen Winkler, wenn er Sicherungen in der ſcharfen Bekämpfung dieſer Beſtrebungen verlangt.

Eines möchte ich noch zum Schluſſe ſagen. Wenn Sie von der heutigen Beunruhigung von der ſchlechten Finanzwirtſchaft uſw. reden, iſt es auch notwendig feſtzuſtellen, daß in erſter Linie durch die Preſſe das größte Unheil angerichtet wird. Iſt es nicht geradezu hohnſprechend, daß in bürgerlichen Blättern mitgeteilt wird, daß eine Zwangsanleihe beabſichtigt wird, iſt es nicht eine Warnung an alle, zu den Sparkaſſen zu laufen und das Geld herauszunehmen, notabene wo es nicht wahr iſt. Was hat eine ſolche Notiz in der „Tageſpoſt“ ausgelöst? Daß die Einleger am nächſten Tage zu den Banken gelaufen ſind, die Banken geſtürmt haben, um ihr Geld zu beheben, weil eben die wildeſten Gerüchte im Umlauf geweſen ſind. Das iſt eine Gewiſſenloſigkeit von dieſer Preſſe, welche angenagelt werden muß. (Zwiſchenruſe: „Skandal!“) Man weiß zwar nicht, was dahinter ſteckt, aber ein derartiges Vorgehen braucht man ſich unter keinen Umſtänden gefallen zu laſſen, das liegt abſolut nicht im Sinne der Aufrechterhaltung der Ordnung. Das möchte ich in dieſer Richtung geſagt haben. Im weiteren glaube ich, daß wir alle, die wir hier ſitzen, wenn wir auch vielleicht in manchen Punkten anderer Auffaſſung ſind, ſchließlich und endlich doch der feſten Überzeugung ſind, daß der Staat wirtſchaftlich ausgerichtet werden muß. Man muß die geeigneten Mittel und die Wege finden und, wenn wir die nicht finden, wäre es um uns ſchlecht geſtellt und unmöglich, die Republik zu ſichern. Um aber dies möglich zu machen, bleibt nichts anderes übrig, als alles das vorzukehren, was vorgekehrt werden kann und das iſt natürlich die Frage, die Gegenſtand des Einvernehmens ſein muß. (Beifall bei der ſozialdemokratiſchen Partei.)

Landesrat Winkler: Wir können die letzten Ausführungen des Herrn Landesrates Machold deshalb nicht unwiedersprochen laſſen, da es uns ſcheint, daß in denſelben doch Unrichtigkeiten zu konſtatieren ſind. Das betrifft inſbeſondere die uns alſo ſo wichtig erſcheinende Frage der Viehauſfuhr. Sie haben die Beſorgnis, daß, wenn Zuchtvieh ausgeführt werden ſoll, unter der Deklaration Zuchtvieh auch Schlachtvieh in das Ausland wandern kann. Meine Herren! Das iſt ſchon deshalb nicht möglich, weil ſich ja die Nachbarſtaaten, die Tſchecho-Slowakei, Ungarn, aber auch Deutſchland ſelbſt gegen die Einfuhr von Schlachtvieh ſtellen, weil ja dort das Beſtreben vorherrscht, Schlachtvieh nach Oſterreich auszuführen. Durch die Futternot iſt in der Tſchecho-Slowakai die Situation entſtanden,

daß insbesondere die Bauernschaft immer wieder die Forderung erhebt, Schlachtvieh in das Ausland ausführen zu können, und es waren Vertreter der Landwirtschaft aus Steiermark sowohl in Deutschland als auch in der Tschecho-Slowakai, die untersucht haben, ob es möglich wäre, einen Viehabsatz aus Steiermark für diese Staaten zu finden. Sie sind zurückgekommen mit dem Urteile, daß es ausgeschlossen ist, Vieh in diesen Staaten abzusetzen, und daß es sich lediglich darum handeln könnte, besonders wertvolles Zuchtvieh als Tauschmittel an den Grenzen dieser Staaten unterzubringen, weil die Wirtschaften dieser Staaten auf die Einfuhr gesunden Zuchtviehes angewiesen sind zur Regenerierung ihres großen Aufzuchtbestandes und weil eben die Alpenländer der Jungbrunnen für die Zucht und Auffrischung der Viehbestände in den Nachbarländern ist. Daher ist es unrichtig, wenn gesagt wird, daß unter der Deklaration Zuchtvieh auch Schlachtvieh hinausgehen könnte. Ich möchte noch folgendes mitteilen: Meines Wissens sind überhaupt nur 3 bis 5 Waggon ausgeführt worden, weil der Absatz außerordentlich schwierig ist, durch die Sperrung der Grenzen, insbesondere der Tschecho-Slowakai, die Ausfuhr von Zuchtvieh unmöglich gemacht wurde. Und wenn man jetzt noch die Ausfuhr wertvollen Zuchtviehes aus Österreich unmöglich macht, so können Sie sich vorstellen in welche Situation die Gebirgslandwirtschaft kommen muß. Es ist aber notwendig, noch etwas festzustellen. Es ist selbstverständlich, daß getrachtet wird, wertvolles Zuchtvieh zu produzieren, um einen Mehrerlös zu erzielen. Nieder- und Oberösterreich werden bei uns nicht kaufen, da dort selbst genug Zuchtviehbestände vorhanden sind, da sie ja auch viel Alpengebiet haben und da auch die Futternot und insbesondere die eigenen Bestände dort selbstverständlich zur Sparsamkeit zwingen. Es kann uns auch gewiß nicht verargt werden, daß wir trachten, hier einen Mehrerlös der Landwirtschaft zuzuführen, wo wir auf der anderen Seite sehen, daß auch die Industrie vom Export und von der Einhamstern fremder Wälfen lebt. Wir müssen trachten, zu einem Mehrerlös zu kommen, um unseren hohen Regionen gerecht zu werden und schließlich unsere Betriebe aufrecht zu erhalten.

Zweifelloß hat der Herr Minister für Volksernährung den Wünschen der Industrie nachgegeben, betreffs der Verwendung von Getreide zur Branntweinerzeugung. Die Aktiengesellschaften, die dürften da den größten Einfluß gehabt haben und denen hat der Herr Minister jedenfalls nachgegeben.

Es wird weiters vom Herrn Kollegen Machold gesagt, daß wir mit Schuld sind an der so schlechten

finanziellen Situation, weil wir dem Staate nicht genügend Lebensmittel zur Verfügung gestellt und es unmöglich gemacht haben, daß im Inlande die zur Ernährung notwendigen Getreidemengen aufgebracht worden sind. Ich erwähne dem gegenüber, es war der Landwirtschaft unmöglich, dem Staate die notwendigen Getreidemengen zur Verfügung zu stellen, weil, wenn dieser Staat den ausländischen Bauer besser bezahlt als den inländischen, er nicht verlangen kann, daß ihm da der Bauer seinen Bedarf liefert. Der Staat hat es daher ganz sich selbst zuzuschreiben. Wenn der Staat eine vernünftige Preispolitik nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen gehandhabt hätte, dann wäre es dazu gewiß nicht gekommen. Ich glaube, daß nicht die Landwirtschaft, sondern das bürokratische, umfangreiche System die Schuld daran trägt, wenn ein derartiger Mißerfolg zu verzeichnen war. Wir müssen dagegen entschieden Verwahrung einlegen, wenn Sie uns unterstehen, daß wir durch unsere Abstinenz in der Ablieferung die derzeitige Entwertung der Krone herbeigeführt hätten. Sie dürfen doch nicht vergessen, daß die Landwirtschaft, obwohl sie der eigentliche Konsument in bezug auf die Einfuhr und Verbrauch von Getreide ist, doch einen hervorragenden Anteil an der Ernährung der Bevölkerung hat, weil sie heute noch immer 40 Prozent der Bevölkerung ausmacht und sich selbst versorgt und Sie dürfen auch nicht vergessen, daß bei der verfehlten Preispolitik des Staates auch nur die Hamsterei der Städter zum großen Teil die Ernährung möglich machte. Sie werden mir ja selbst zugeben müssen, daß man mit der staatlichen Brot- und Mehlkarte unmöglich leben konnte. Wären die Bauern nicht gewesen, so wäre es schon früher zum Zusammenbruche gekommen.

Ich möchte zum Schlusse noch die Erklärung abgeben und stimme mit dem Herrn Vorredner darin überein, daß in diesem Staate auch innerpolitisch Ordnung gemacht werden muß. Ich erkläre, daß wir uns mit Tod und Teufel verbinden, wenn es gegen die Karlisten geht. Jedoch sind wir der Meinung, daß der „Arbeiterwille“ letzthin eine falsche Liste veröffentlicht hat, denn die eigentlich führenden Persönlichkeiten sind in anderen Kreisen zu suchen. Die Liste der Harmlosen, die veröffentlicht wurde, die ist vollkommen ungefährlich. Da müssen Sie schon auf andere Kreise greifen, um auf Karlisten zu kommen, die hier arbeiten, den Staat unterwühlen und einen Putsch vorbereiten. Ich bin zwar in dieser Beziehung viel zu viel Optimist, um zu meinen, daß die irgendeine Aussicht auf Erfolg haben. Aber es ist doch gut, wenn die Parteien, insbesondere die Parteien, die auf der Grundlage dieser Staatsform

stehen, sich mit dieser Frage in eingehender Weise befassen, weil wir sehen, daß sehr wichtige Kräfte am Werke sind. Auch in Wien in der Strudlhofgasse Nr. 11 gehen diese Personen ein und aus und sind bemüht, uns sozialpolitisch zusammenzuschweißen und stehen auch mit Ungarn in sehr regem Verkehr. Wir sind ebenfalls der Meinung, daß gegen die Karlisten die schärfsten Mittel angewendet werden müssen. Sie können da vollständig auf uns rechnen, weil es nach unserer Meinung nicht an der Zeit ist, an der gegenwärtigen Staatsform zu rütteln. Ich kann Sie versichern, daß das Haus Habsburg auch bei der Bauernschaft höchst unbeliebt ist und niemand von den Bauern eine Rückkehr der Habsburger wünscht. Was aber die Liste des Grazer „Arbeiterwille“ anlangt, so muß ich sagen, daß vor allen hier in Graz, in der Stainzerhofgasse, im Lokal des Bundes der Österreicher diese Fragen eifrig diskutiert werden, um einem karlistischen Putz und damit auch der Lösung der westungarischen Frage die Unterstützung angedeihen zu lassen und um diesen Putz vorzubereiten. Wir haben auch eine Liste, die Liste der Ortsgruppe des Landesverbandes des Reichsbundes der Österreicher in Händen. Diese Liste ist jedoch ebenfalls nicht vollständig, weil sich die maßgebenden Persönlichkeiten hier im Lande in diese Liste nicht haben eintragen lassen. Das sind zumeist Offiziere, Beamte u. dgl. Allerdings muß ich feststellen, daß der gewesene Politiker Baron P a n g an der Spitze steht und hauptsächlich deswegen verbreite ich mich hier in dieser Frage, weil ich die Gemeindevertretungen von St. Martin, Sölk und Mitterberg in Schutz nehmen möchte, die auch auf der Arbeiterwilleliste stehen. Ich erkläre, daß das nicht stimmt, weil sowohl St. Martin an der Enns als auch Mitterberg eine bauernbündlerische Gemeindevertretung haben, und unter den Bauernbündlern werden Sie aktive Karlissen schwer finden. Ich möchte Sie bitten, dies zur Kenntnis zu nehmen, weil es mich sehr unangenehm berührt, wenn Gemeindevertretungen als karlistisch angegriffen werden, die es in der Tat nicht sind. Daß Herr P a n g als Haupt der Partei diese Agitation mit ungeheuren Geldmitteln betreibt und alle Wochen oder alle 14 Tage in der Stainzerhofgasse den Sitzungen der Ortsgruppe des Reichsbundes der Österreicher präsidiert, mag Ihnen als Beweis dafür dienen, daß andere karlistische Kreise dahinterstecken, die mit großen Geldmitteln diesen Putz ins Werk setzen wollen.

Präsident Kölbl: Nachdem sich niemand mehr zum Worte gemeldet hat, ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Wir kommen zu Punkt 5,

dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Häbler, Dr. Danzine, Dr. Dungen, Kobald und Genossen, betreffend die Erwirkung scharfer Schutzmaßnahmen gegen den Ausverkauf lebenswichtiger Bedarfsartikel an Ausländer zum Schutze der verbrauchenden Bevölkerung und des legitimen Handels- und Gewerbestandes.

Ich erteile dem Herrn Anfragesteller Landesrat Dr. Häbler das Wort.

Landesrat Dr. Häbler: Hohes Haus! Ich brauche eigentlich eine Begründung zu dieser Anfrage nicht zu geben, nachdem der wirtschaftliche Teil derselben bereits in der abgehaltenen Wechselrede erörtert wurde. Ich möchte aber an die Ausführungen des Redners der sozialdemokratischen Partei und jenes der Bauernbündler anschließend kurz erklären, daß unsere Partei in der Abwehr des Karlismus selbstverständlich in erster Linie zu finden sein wird. Die Karlissen dürften in unserem Lande einer lückenlosen und geschlossenen Front begegnen in dem Augenblick, wo sie es wagen sollten, aktiv vorzugehen. Aber ich bin der Meinung, daß es ausgeschlossen ist, daß in allen jenen Organisationen, denen der Schutz der Verfassung obliegt, wie Bundesheer, Gendarmerie usw., Offiziere belassen werden, die in bezug auf karlistische Gesinnung nicht einwandfrei sind, ja ich bin der Meinung, daß, soweit es sich um verantwortungsvolle Stellen handelt, in beiden Organisationen sogar nur Offiziere geduldet werden sollen, die in der Bekämpfung und Ablehnung des Karlismus bereits Proben gegeben haben. Ich gebe die Erklärung ab, daß wir uns wie ein Mann hinter diese Offiziere stellen werden. Ich bin der Hoffnung, daß auch die steiermärkische Landesregierung diese, unsere Meinung teilt und uns in dieser Beziehung unterstützen wird. (Beifall.)

Präsident Kölbl: Nachdem niemand mehr zum Worte gemeldet ist, erscheint auch dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Aufgelegt sind die Beilagen Nr. 111 bis 149. Zugewiesen werden (verliest die Überschriften):

Nr. 113, 114, 115, 116, 118, 119, 120, 122, 123, 124, 126, 127, 128, 130, 131, 132, 133, 134 und 140 dem F i n a n z a u s s c h u ß;

Nr. 111 dem E i s e n b a h n a u s s c h u ß;

Nr. 112, 117, 121, 135, 136, 137, 138, 139, 141, 142, 143, 146, 147, 148 und 149 dem G e m e i n d e- und V e r f a s s u n g s a u s s c h u ß;

Nr. 125 und 144 dem U n t e r r i c h t s a u s s c h u ß;

Nr. 129 dem L a n d e s k u l t u r a u s s c h u ß.

Folgende Anträge wurden überreicht (verliest die Überschriften, siehe Verzeichnis S. 453).

Diese Anträge werden nach der Geschäftsordnung behandelt werden.

Ferners wurde eine Anfrage eingebracht von den Abgeordneten Krawagna, Fürbach und Genossen an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die Beleuchtung der Personenzüge auf der Strecke der steiermärkischen Landesbahn Kapfenberg—Nu-Seewiesen.

Diese Anfrage wird unverzüglich weitergeleitet werden.

Die nächste Sitzung des hohen Hauses findet Donnerstag, den 20. Oktober 1922, um 4 Uhr nachmittags statt.

Auf die

Tagesordnung

dieser Sitzung werden gestellt:

1. Die Wahlen in die Personaleinkommensteuerberufungskommission.

2. Allfällige als dringlich zu behandelnde Ausschußberichte, bei welchen von der 24 stündigen Auflagefrist Umgang zu nehmen wäre.

Hat jemand gegen die Festsetzung des Tages der nächsten Sitzung und der Tagesordnung etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, die Tagesordnung ist daher genehmigt.

Folgende Ausschußsitzungen wurden angemeldet:

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß Donnerstag, den 13. d. M., halb 10 Uhr vormittags;

der Hauptausschuß hält Mittwoch, den 19. Oktober, um 4 Uhr nachmittags, eine Sitzung ab;

der Landeskulturausschuß Donnerstag, den 13. Oktober, um 4 Uhr nachmittags;

der Finanzausschuß Freitag, den 14. Oktober um 9 Uhr vormittags;

der Unterrichtsausschuß eine halbe Stunde vor der nächsten Hausitzung.

Diese sämtlichen Ausschußsitzungen werden abgehalten im neuen Gemeindeausschußsitzungsaal im Eingang zum Landeshauptmann.

Der Fürsorgeausschuß wird gebeten, sich zu konstituieren und das Ergebnis dem Präsidium mitzuteilen.

Der Eisenbahnausschuß hätte die Wahl eines Obmannes vorzunehmen.

Hiermit ist die Sitzung geschlossen.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 5 Min. nachmittags.)

Anhang.

Anfrage

der Abgeordneten Krawagna, Fürbach und Genossen an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die Beleuchtung der Personenzüge auf der Strecke der steiermärkischen Landesbahn Kapfenberg—Nu-Seewiesen.

Wiewohl bei den meisten Bahnen das Bestreben bemerkbar ist, im Eisenbahnverkehr zu den Friedenszuständen zurückzukehren und der begreiflichen Forderung der Fahrgäste nach beleuchteten Waggons zu den Nachtstunden gerecht zu werden, herrscht bei den Nachtzügen der steiermärkischen Landesbahn Nu-Seewiesen noch immer eine Finsternis, die schon mit Rücksicht auf die Sicherheit und schnelle Abwicklung des Verkehrs raschestens zu beseitigen wäre. Bei dem heutigen großen Andrang zu den Zügen sollte man dem zahlenden Publikum doch wenigstens Gelegenheit geben, sich in den überfüllten Waggons so gut, als es eben möglich ist, zurechtzufinden.

Da diese eigentlich selbstverständliche Obsorge bisher veräußert wurde, erlauben sich die Gefertigten an den Landeshauptmann folgende

Anfrage

zu stellen:

„Ist der Herr Landeshauptmann bereit, das Landeseisenbahnamt zu verhalten, daß dieser Mißstand abgestellt, alle notwendigen Vorkehrungen zur Ermöglichung einer ausreichenden Beleuchtung der Personenwagen auf der genannten Strecke ungesäumt getroffen und mit der Beleuchtung ehestens begonnen werde?“

Graz, im Oktober 1921.

Fürbach.

Uhrner.

Pöchl.

Reumann.

Sonnhammer.

Eirelberger.

Krawagna.

Rusjak.

Regner.

Pigl.

Röfster.